

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 111.11 / 23.02.2011**

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 38 – Nachhaltige Entwicklung der Offshorewindkraft

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Marlies Fritzen:**

## Hat die Landesregierung in Berlin gar nichts zu melden?

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, angesichts des Klimawandels brauchen wir nicht nur mehr Küstenschutz und Energieeinsparung, wir brauchen auch einen zügigen und konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zum Ausbau auch der Offshore-Windkraftanlagen und wir als Grüne begrüßen das sehr. Wir wollen aber diesen Ausbau so umweltschonend und naturverträglich wie möglich und deshalb fordern wir Sie auf, sich auch dazu ebenso ausdrücklich zu bekennen.

Staatsekretär Rabiun hat dies im Umweltausschuss auch getan. Er befürwortete alle unsere Forderungen und erklärte sogar, das Ministerium würde diese gegenüber dem Bund, der für Offshore-Windkraftanlagen außerhalb der AWZ zuständig ist, offensiv und mit Nachdruck vertreten. Ich gebe zu, ich hab einen Moment gebraucht um zu erkennen, dass die Landesregierung – zumindest ihre „Umweltseite“ – an dieser Stelle bereits grünaktiv ist und freute mich schon über eine dann ja wohl zwingende Unterstützung unseres Antrages seitens der Regierung tragenden Fraktionen.

Wie frau sich doch irren kann. Dies sei doch gar nicht unsere Zuständigkeit könnte es von schwarz-gelber „Oppositionsseite“. Ja, der Bund ist zuständig, aber hat denn eine Landesregierung aus Schleswig-Holstein in Berlin gar nichts zu melden? Bei den 100-Millionen-Wachstumsbeschleunigungsadventskeksen oder der Peter-Harry- CCS-Grätsche war das keine Frage.

Dann der nächste Versuch unsere Forderungen zu diskreditieren: der Antrag hätte sich doch erledigt, wie ich den Aussagen des Staatsekretärs entnehmen könne. Also möge ich ihn doch zurückziehen. Mitnichten, meine Herren, haben sich die Forderungen erledigt.

Die mit den Umweltverbänden gefundene Seekabellösung gefällt auch mir, in diesem Punkt stimme ich Ihnen zu. Die anderen Forderungen dagegen sind noch längst nicht erfüllt. Wir brauchen eine ökologische Begleitforschung, wir müssen weiter an alternativen Konstruktions- und Bautechniken arbeiten, um die Meeresumwelt so wenig wie möglich zu stören und wir brauchen ganz besonders eine Standardsetzung schonender Methoden bei der Genehmigung von Offshore-Windparks.

Dies fordern wir Grünen, das fordern Meeresbiologen und die Genehmigungsbehörden, und das sieht die Landesregierung so, nur schwarz-gelb hält es nicht für nötig. Nun ist diese schwarz-gelbe Dagegen-Haltung beim Naturschutz ja nichts Neues. „Wo gehobelt wird, fallen Späne“ hieß es dazu im Wirtschaftsausschuss. Das ist die Haltung von Liberalen und Christdemokraten gegenüber ihren Mitgeschöpfen.

Aber wie so oft ist die Welt eben nur für schwarz-gelb eindimensional. Was nämlich den Schweinswalen nutzt, hilft auch der Wirtschaft. Ökologie und Ökonomie gehören zusammen. Und spätestens da hätten CDU und FDP doch wach werden müssen. Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren. Es geht um Millionen an Fördermitteln für Forschung und Entwicklung, die nach Schleswig-Holstein fließen könnten.

Das Bundesumweltministerium fördert die ökologische Begleitforschung mit über fünf Millionen Euro, das Forschungs- und Entwicklungszentrum der FH Kiel partizipierte an einem Projekt zur Schallminderungsmaßnahmen, das mit 1,7 Millionen Euro gefördert wurde. An der FH in Flensburg läuft bis Ende des Jahres ein weiteres Forschungsprojekt, rund 400 000 Euro fließen dorthin. Zwei Firmen aus Schleswig-Holstein, Menck aus Kaltenkirchen sowie Hydrotechnik aus Lübeck, produzieren und vertreiben Blasen-schleier, mit denen der besonders für die geschützten Schweinswale gefährliche Lärm beim Einrammen der Stützpfeiler erheblich gemindert werden kann. Dass Sie die Unis und diese Firmen und damit regionale Wertschöpfung in unserem Land nicht unterstützen wollen, das ist die eigentliche Botschaft Ihrer Ablehnung unseres Antrages. Und mit dieser Botschaft sitzen Sie genau da, wo Sie hingehören: auf der Oppositionsbank.

\*\*\*